



2020/1998(BUD)

24.9.2020

STELLUNGNAHME

des Ausschusses für die Rechte der Frauen und die Gleichstellung der Geschlechter

für den Haushaltsausschuss

zum Gesamthaushaltsplan der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2021
(2020/1998(BUD))

Verfasser der Stellungnahme: Robert Biedroń

PA_NonLeg

VORSCHLÄGE

Der Ausschuss für die Rechte der Frauen und die Gleichstellung der Geschlechter ersucht den federführenden Haushaltsausschuss, folgende Vorschläge in seinen Entschließungsantrag zu übernehmen:

- A. in der Erwägung, dass die Union gemäß Artikel 8 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union bei allen ihren Tätigkeiten darauf hinwirkt, Ungleichheiten zu beseitigen und die Gleichstellung von Männern und Frauen zu fördern, indem sie den Grundsatz des Gender Mainstreaming einführt; in der Erwägung, dass das Haushaltsverfahren für 2021 als erstes Haushaltsverfahren innerhalb des mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) 2021–2027 eine Chance bietet, Gender Mainstreaming im Wege der Berücksichtigung des Gleichstellungsaspekts bei der Haushaltsplanung im gesamten Haushaltsverfahren stärker Rechnung zu tragen; in der Erwägung, dass dies insbesondere in Anbetracht der zahlreichen geschlechtsspezifischen Auswirkungen der COVID-19-Krise auf die Frauenrechte wichtig ist, wobei zu diesen Auswirkungen etwa der Anstieg der geschlechtsspezifischen Gewalt während der Ausgangsbeschränkungen und ein höheres Risiko des Ausscheidens aus dem Arbeitsmarkt aufgrund einer größeren Betreuungsbelastung und des höheren Anteils von Frauen, die in von den Ausgangsbeschränkungen betroffenen Branchen, darunter in der informellen Wirtschaft und in Branchen mit besonders prekären Arbeitsbedingungen beschäftigt sind, gehören;
1. hebt hervor, dass das Programm „Bürger, Gleichstellung, Rechte und Werte“ das einzige Programm der Union ist, das gezielte Gleichstellungsmaßnahmen – auch zur Verhütung und Bekämpfung von geschlechtsspezifischer Gewalt – umfasst; bekräftigt nachdrücklich – insbesondere nach der Eskalation der Gewalt gegen Frauen im Zuge der COVID-19-Krise – seine Forderung nach einer Aufstockung von in erster Linie Ressourcen und nach einer gesonderten Haushaltlinie für die Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt sowie nach zusätzlichen Mitteln für das Teilziel der Geschlechtergleichstellung und des Gender Mainstreaming und für die einschlägigen Organisationen im Rahmen der Aktionsbereiche „Daphne“ und „Werte“ des Programms „Bürger, Gleichstellung, Rechte und Werte“; bekräftigt seine Forderung, als bewährtes Verfahren zur Berücksichtigung des Gleichstellungsaspekts bei der Haushaltsplanung im gesamten Haushaltsverfahren gesonderte Haushaltlinien für alle gezielten Gleichstellungsmaßnahmen aufzunehmen, damit die Ausgaben für die Gleichstellung der Geschlechter besser nachverfolgt werden können;
 2. hält es für geboten, die Mittel für den ESF+ erheblich aufzustocken, damit die Inklusion auf dem Arbeitsmarkt und angepasste Schulungsangebote gefördert werden können, da die COVID-19-Krise die Beschäftigung von Frauen unverhältnismäßig stark beeinträchtigt hat, wobei hier insbesondere in der informellen Wirtschaft tätige Frauen, von denen viele aufgrund der Kinderbetreuung wohl keine formelle Beschäftigung aufnehmen können, und Frauen in prekären Arbeitsverhältnissen, mit Teilzeitverträgen und in manchen besonders stark betroffenen und in hohem Maße feminisierten Branchen wie Gesundheit, Einzelhandel sowie Pflege, Betreuung und Dienstleistungen, Kinderbetreuung, Betreuung von älteren Menschen und Langzeitpflege betroffen sind, sodass die Erwerbsbeteiligung von Frauen gefördert wird;

3. hebt hervor, dass eine Aufstockung der Ressourcen für die Stärkung der Eigenverantwortung von Frauen im Wege des Unternehmertums und für die Unterstützung von von Frauen geführten KMU in Betracht gezogen werden muss, damit diese Frauen im Wege von gesonderten Programmen Zugriff auf Darlehen und Finanzmittel erhalten;
4. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, die Unterrepräsentation von Frauen in der Digitalwirtschaft, in der IKT und in Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik (MINT) mit Blick auf Bildung, Ausbildung und Beschäftigung anzugehen, und zwar insbesondere im Wege gezielter Maßnahmen, mit denen Mädchen informiert und dazu ermutigt werden, die MINT-Fächer für sich zu entdecken, sodass sie motiviert sind, in diesem Bereich eine Ausbildung, ein Studium und ihre berufliche Laufbahn zu absolvieren, und gesonderte Mittel für den Abbau des geschlechtsspezifischen Digitalgefälles aufzuwenden, indem Vorschläge für die Ausweitung der Digitalkompetenzen und -kenntnisse von Frauen vorgelegt werden und deren Möglichkeiten, Chancengleichheit zu erreichen, gestärkt werden, und indem Frauen bei der Anpassung an neue Arbeitsbedingungen nach der COVID-Krise unterstützt werden und ihre vermehrte Beteiligung an der Wirtschaft gefördert wird;
5. fordert eine Aufstockung der Mittel für den Cluster „Kultur, Kreativität und eine inklusive Gesellschaft“, damit die Geschlechterperspektive besser in die einzelnen Programme integriert werden kann, und fordert, dass Geschlechterstudien und geschlechtsspezifische Forschungsarbeiten in der Union unterstützt und gefördert werden;
6. hält es für geboten, dass die Haushaltsmittel, mit denen die universelle Achtung der sexuellen und reproduktiven Gesundheit und der damit verbundenen Rechte sowie der Zugang hierzu unterstützt werden, aufgestockt werden; fordert die Mitgliedstaaten auf, die sexuelle und reproduktive Gesundheit und die damit verbundenen Rechte zu schützen, indem sie insbesondere dafür Sorge tragen, dass es Programme und Dienstleistungen im Bereich der reproduktiven Gesundheit gibt, wozu auch eine grundlegende freiwillige Beratung bei der Familienplanung, Arzneimittel und die gesundheitliche Betreuung von Müttern und Neugeborenen gehören; fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, dem Programm EU4Health zusätzliche Ressourcen zuzuweisen, damit insbesondere niedrigschwellige und sichere Dienstleistungen im Bereich der sexuellen und reproduktiven Gesundheit und der damit verbundenen Rechte fortlaufend und zeitnah erbracht werden können, Maßnahmen zur Bewältigung von gesundheitlichen Problemen im Zusammenhang mit geschlechtsspezifischer Gewalt zu unterstützen und Opfern geschlechtsspezifischer Gewalt zur Seite zu stehen; weist insbesondere auf Frauen hin, die in ländlichen, dünn besiedelten und nur schwer zugänglichen Gegenden leben und deren Zugang zu solchen Dienstleistungen häufig eher eingeschränkt ist;
7. bekräftigt, dass dem Haushalt der Union bei der Verfolgung der Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen eine aktivere Rolle zukommen muss; fordert daher, dass aus ihm Maßnahmen und Projekte unterstützt werden, die darauf abzielen, die Frauen- und Kinderarmut zu beseitigen, eine stärkere und bessere Integration in den Arbeitsmarkt zu fördern, die Unterschiede im Berufsleben und das Lohngefälle zwischen Männern und Frauen zu beseitigen, den Zugang zur medizinischen Versorgung und deren Leistungen

zu verbessern und die Gewalt gegen Frauen, Kinder und Jugendliche zu bekämpfen;

8. fordert die Kommission und den Rat auf, dafür Sorge zu tragen, dass Frauenrechtsorganisationen insbesondere dann, wenn sie sich mit der Förderung der sexuellen und der reproduktiven Gesundheit und der damit verbundenen Rechte sowie der Rechte der LGBTI+-Gemeinschaft beschäftigen, zusätzliche Mittel erhalten; fordert erneut einen Mechanismus, mit dem der Haushalt der Union im Falle von generellen Defiziten in Bezug auf das Rechtsstaatsprinzip in den Mitgliedstaaten geschützt werden kann; hebt hervor, dass die Zustimmung des Parlaments zu dem MFR 2021–2027 an die Einhaltung der Werte der Union geknüpft sein sollte, und ist bereit, seine Zustimmung zum MFR zu verweigern, wenn keine politische Einigung über einen solchen Mechanismus erzielt wird;
9. weist erneut auf die wichtige Rolle des Europäischen Instituts für Gleichstellungsfragen und der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte hin und fordert eine Aufstockung ihrer Budgets, damit ihre Fähigkeiten zur Einstellung von Personal und im Bereich der Forschung gestärkt werden; ruft die wichtige Rolle des Europäischen Instituts für Gleichstellungsfragen in Erinnerung, wenn es gilt, das Ausmaß und die Ursachen des Geschlechtergefälles in der Union verständlich zu machen; fordert deshalb eine Aufstockung der Haushaltsmittel für die Haushaltlinie „Förderung von Nichtdiskriminierung und Gleichberechtigung“.

ANGABEN ZUR ANNAHME IM MITBERATENDEN AUSSCHUSS

Datum der Annahme	22.9.2020
Ergebnis der Schlussabstimmung	+ : 26 - : 5 0 : 0
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Mitglieder	Christine Anderson, Simona Baldassarre, Robert Biedroń, Vilija Blinkevičiūtė, Gwendoline Delbos-Corfield, Rosa Estaràs Ferragut, Frances Fitzgerald, Cindy Franssen, Helène Fritzon, Lina Gálvez Muñoz, Livia Járóka, Arba Kokalari, Alice Kuhnke, Elżbieta Katarzyna Łukacijewska, Karen Melchior, Andželika Anna Mozdżanowska, Maria Noichl, Sandra Pereira, Pina Picierno, Sirpa Pietikäinen, Samira Rafaela, Evelyn Regner, Diana Riba i Giner, Eugenia Rodríguez Palop, María Soraya Rodríguez Ramos, Christine Schneider, Jessica Stegrud, Isabella Tovaglieri, Ernest Urtasun, Hilde Vautmans, Elissavet Vozemberg-Vrionidi, Chrysoula Zacharopoulou

NAMENTLICHE SCHLUSSABSTIMMUNG IM MITBERATENDEN AUSSCHUSS

26	+
GUE/NGL	Eugenia Rodríguez Palop
PPE	Rosa Estaràs Ferragut, Frances Fitzgerald, Cindy Franssen, Livia Járóka, Arba Kokalari, Sirpa Pietikäinen, Christine Schneider, Elissavet Vozemberg-Vrionidi, Elżbieta Katarzyna Łukacijewska
Renew	Karen Melchior, Samira Rafaela, María Soraya Rodríguez Ramos, Hilde Vautmans, Chrysoula Zacharopoulou
S&D	Robert Biedroń, Vilija Blinkevičiūtė, Heléne Fritzon, Lina Gálvez Muñoz, Maria Noichl, Pina Picierno, Evelyn Regner
Verts/ALE	Gwendoline Delbos-Corfield, Alice Kuhnke, Diana Riba i Giner, Ernest Urtasun

5	-
ECR	Andželika Anna Mozdżanowska, Jessica Stegrud
ID	Christine Anderson, Simona Baldassarre, Isabella Tovaglieri

0	0

Erklärung der benutzten Zeichen:

+ : dafür

- : dagegen

0 : Enthaltung